

Glyphosat: Koalitionsstreit trotz Entwarnung der WHO

Rhein-Erft-Rundschau 2016-05-18

Glyphosat: Koalitionsstreit trotz Entwarnung der WHO

SPD-Minister lehnen weitere Zulassung von Pflanzengift ab

GENF. Die UN-Weltgesundheitsorganisation WHO und die Welternährungsorganisation FAO gehen davon aus, dass das Pflanzengift Glyphosat wahrscheinlich nicht krebserregend ist, wenn es in geringen Mengen über die Nahrung aufgenommen wird. Eine WHO-Unterorganisation hatte Glyphosat dagegen als krebserregend eingestuft – allerdings bei Aufnahme großer Mengen im Tierversuch.

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) hält aber

am Widerstand seiner Partei gegen eine weitere Zulassung des Mittels fest, da niemand „absolut sicher“ sein könne, dass es unschädlich sei. Er sei dagegen, dieses Produkt „überhaupt zuzulassen, solange diese Zweifel nicht ausgeräumt sind“. Unklar ist damit, wie die Bundesregierung sich in der Abstimmung im EU-Ministerrat zum Thema verhalten wird, die heute oder am Donnerstag ansteht.

Das SPD-geführte Bundesumweltministerium bekräf-

tigte, bislang lasse sich nicht zweifelsfrei klären, ob von dem Stoff Gesundheitsgefahren ausgehen können. Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) kritisierte, das Haus von Ministerin Barbara Hendricks (SPD) gehe „mit manchem Vorstoß“ zu weit. Das BMU sei „kein Überministerium“. Einer seiner Sprecher lehnte es ab, sich „gezielt über das gesetzliche Verfahren“ hinwegzusetzen, „auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse zu ent-

scheiden“. Nach der wissenschaftlichen Bewertung aller zuständigen EU-Behörden könne der Stoff genehmigt werden.

Vertreter der Agrarindustrie forderten die weitere Zulassung von Glyphosat, während die Umweltorganisation BUND die WHO-Erklärung als „nicht überraschend“ erklärte. Die Gremien, die sich jetzt geäußert hätten, hätten Glyphosat bereits 2004 und 2011 als unbedenklich eingestuft. (EB) **Politik S. 4 und Kommentar**